

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27. April 2011
- 3 Information des Generaldirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
Herrn Prof. Dorgerloh zum Parkeintritt
- 4 Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Rainer Kann
- 5 Erhalt der Polizeiwache Babelsberg
Vorlage: 10/SVV/0637

Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
neue Fassung
- 6 Bürgerbefragungen
Vorlage: 10/SVV/1052
Fraktion DIE LINKE
- 6.1 Bürgerbeteiligung
Vorlage: 11/SVV/0287
Oberbürgermeister
- 7 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 11/SVV/0152
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 27. April 2011**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Vor der Bestätigung der Tagesordnung informiert Herr Exner über den derzeitigen Sachstand bezüglich der Neubesetzung des Hauptausschusses im Ergebnis des Urteils des Landesverfassungsgerichtes zur Fraktionsstärke. Die Stadt stehe in Kontakt mit der Kommunalaufsichtsbehörde und er habe soeben mit dem zuständigen Abteilungsleiter telefoniert. Dieser habe ihm bestätigt, dass an dem angekündigten Rundschreiben intensiv gearbeitet werde. Dabei sei die Möglichkeit, die Anzahl der Sitze für den Hauptausschuss zu erhöhen, nicht ausgeschlossen worden. In diesem Zusammenhang sei die Stadt gebeten worden, bis zur Neubesetzung keine Beschlussvorlagen zur endgültigen Verabschiedung in den beschließenden Ausschüssen vorzulegen. Man hoffe, bis zum 25. Mai 2011 „mehr zu wissen“, was seitens des Innenministeriums jedoch nicht zugesagt werden konnte – die Bitte sei jedoch „angekommen“, um in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über eine Neubesetzung verhandeln zu können.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass nicht die Erhöhung der Mitgliederzahl des Hauptausschusses Streitpunkt gewesen sei, sondern dass dem Antrag auf Neubesetzung nicht nachgekommen wurde. Die Frage sei, wie lange man bis zur Neubesetzung warten solle und warten könne, denn die Kommunalverfassung enthalte hier eindeutige Regelungen. Die Stärke des Hauptausschusses sei zu Beginn der Wahlperiode festgelegt worden und gelte für die gesamte Wahlperiode. Er fordere, in der Juni-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Ausschüsse neu zu besetzen und nicht bis zu einer „eindeutigen Klärung“ zu warten.

Auf seine Nachfrage, ob mit der Kommunalaufsichtsbehörde nur telefonisch oder auch schriftlich kommuniziert werde, bestätigen der Oberbürgermeister und Herr Exner einen Mailverkehr. Auf Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg ist dieser allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Zur Feststellung der öffentlichen Tagesordnung beantragt der Oberbürgermeister, die Tagesordnungspunkte 3 - Information des Generaldirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Herrn Prof. Dorgerloh zum Parkeintritt und 4 - Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Rainer Kann, zu tauschen, da sich Herr Prof. Dorgerloh etwas verspäten werde. Außerdem wolle er unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ zum aktuellen Verhandlungsstand des russisch-orthodoxen Gemeindezentrums berichten.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 48. Sitzung des Hauptausschusses vom 27. April 2011 gibt es keine Änderungen oder Hinweise. Die Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 4

Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Rainer Kann

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Polizeipräsidenten Herrn Kann und vom Schutzbereich Potsdam Herrn Marshall. Herr Kann bedankt sich für die Gelegenheit, über die Sicherheitslage in der Stadt ins Gespräch kommen zu können. Er betont, dass auch das Jahr 2010 wieder von einer außerordentlich guten Zusammenarbeit mit der Stadt geprägt worden sei, was sich u. a. beim ambitionierten Einsatz anlässlich „M 100“ gezeigt habe, welcher zu einem guten Ende geführt werden konnte.

Herr Marshall verweist eingangs auf die im ausgereichten Handout enthaltenen Daten und erläutert diese im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation. Er erläutert die Entwicklung der Straftaten, die Kriminalitätsbelastung und das Unfallgeschehen in der Landeshauptstadt Potsdam. Im Ergebnis zeigen sich gegenüber den Vorjahren keine signifikanten Veränderungen.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass das für Potsdam als wachsende Stadt ein gutes Signal sei – auch unter dem Aspekt, dass zahlreiche Touristen die Stadt besuchen. In der Bilanz nicht zu vergessen seien die beiden tragischen Unfälle, bei denen zwei Radfahrer tödlich verletzt worden sind.

Auf die Frage von Frau Dr. Müller, ob es sich bei den genannten Zahlen um das tatsächliche Kriminalitätsgeschehen handele oder sich die Zahlen auf die von Potsdamern verursachten Straftaten beziehen, antwortet Herr Marshall. Hier gelte das „Tatort-Prinzip“, d. h. die Verursacher einer Straftat müssen nicht zwangsläufig Potsdamer sein. Bei Kindern sei es anders, da gelte das „Wohnort-Prinzip“, um eine Einflussnahme der Behörden sichern zu können.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Sicherheitslage in Potsdam stabil sei und gleichzeitig auffalle, dass sich die Annahme, die Straftaten in Neubaugebieten seien wesentlich höher als in anderen Bereichen, nicht bestätige. In diesem Zusammenhang sollte auch über die Veränderungen in der Polizeistruktur gesprochen werden und darüber, dass die Wache in Babelsberg die einzige sei, die nun geschlossen werde. Alle anderen Standorte bleiben zumindest als Reviere erhalten, so dass ihn die Meinung des Oberbürgermeisters dazu interessieren würde.

Der Oberbürgermeister verweist auf den dazu anschließend zu behandelnden Tagesordnungspunkt.

Herr Kann entgegnet, dass die Wachen keine Streifendienste produzieren und diese schon jetzt von Potsdam aus starten. Er schildert die Zuständigkeit der Einsatzplanung des Streifendienstes, wonach dieser mit Wach- und Wechselschichten des Polizeipräsidiiums Potsdam-Mitte sichergestellt werde. Auch nach Wegfall der Polizeiwache Babelsberg werde in der Regel gewährleistet, dass innerhalb von 15 Minuten der Tatort durch die Polizei erreicht wird.

Herr Schröder merkt an, dass die Feuerwehr die zweite Wache erhalten habe, um die Einsatzzeit von 15 Minuten einhalten zu können, was wegen der Situation auf der Humboldtbrücke sonst nicht der Fall wäre. Der Polizeipräsident weist darauf hin, dass die 15 Minuten für den Polizeieinsatz keine gesetzliche Vorgabe, sondern ein selbst gewähltes Berechnungsmodell sei.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass die dargelegte positive Entwicklung keinen Anlass gebe, sich zurückzulehnen – vor allem hinsichtlich der Verkehrsentwicklung. Er bedankt sich beim Polizeipräsidenten und bittet ihn, seinen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu übermitteln.

Zu einem späteren Zeitpunkt betont Herr Dr. Scharfenberg, dass der Punkt 5 - **Erhalt der Polizeiwache Babelsberg**- in der Sitzung am 09. März mit der Begründung zurückgestellt worden sei, diese Drucksache im Zusammenhang mit dem Bericht des Polizeipräsidenten behandeln zu wollen. Der Oberbürgermeister sei dieser Zusage nicht gefolgt, was er sehr bedauere. Der Oberbürgermeister erwidert, dass er dazu eine andere Auffassung habe und es dem Polizeipräsidenten freigestellt hätte, an der Diskussion teilzunehmen. Dieser habe davon keinen Gebrauch gemacht und gemeint, dass das eine Diskussion sei, die „Sie unter sich führen sollten“.

zu 5 **Erhalt der Polizeiwache Babelsberg**

Vorlage: 10/SVV/0637

Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

neue Fassung

Herr Schröder merkt dazu an, dass die Schließung der Wache in Babelsberg beschlossene Sache zu sein scheine und ihn die Beweg- und Entscheidungsgründe dafür interessieren würden, weil auffalle, dass dies die einzige Wache sei.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass hierzu der Oberbürgermeister Stellung nehmen müsse, denn für die Kommunen seien Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen worden. Auf Potsdam bezogen scheine das aber „an der Sache vorbeigegangen zu sein“.

Der Oberbürgermeister informiert über die Regionalkonferenz und verweist darauf, dass sich die Stadt dort für den Erhalt der Wache stark gemacht habe. Die Schließung der Wache in Babelsberg sei nicht mit einem Verlust an polizeilicher Präsenz verbunden. Außerdem sei man im Gespräch, Revierpolizisten vor Ort zu etablieren.

Auf die Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob die Fraktion CDU/ANW den Antrag aufrecht erhalten wolle, antwortet Herr Schröder, dass ihn die fachlichen Gründen für die Schließung interessieren und davon die Entscheidung abhängen, ob es Sinn mache, den Antrag zu belassen und diesbezügliche Gespräche zu führen. Bei der Bevölkerung gebe es Befürchtungen bezüglich einer Verschlechterung der Sicherheitslage in Babelsberg, so dass geprüft werden solle, inwieweit Maßnahmen zum Erhalt der Polizeiwache Babelsberg zu ergreifen wären.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es mehrere Runden des Innenministers mit den Kommunen dazu gegeben habe und in der letzten alle geplanten Wachenschließungen rückgängig gemacht worden seien, so dass nur Babelsberg übrig blieb. Er selbst habe keine Gelegenheit gehabt, an dieser Regionalversammlung teilzunehmen, habe aber immer akzeptiert, dass Potsdam gut ausgestattet sei und die Einsatzzeiten erhalten bleiben. Er hätte sich in der heutigen Sitzung die Beantwortung der anstehenden Fragen zum Revierpolizisten gewünscht, wie z. B. dessen Unterbringung, wann und wo Sprechzeiten sichergestellt würden usw. Den Antrag in der Fassung aufrecht zu erhalten, sei aus seiner Sicht sinnlos. Auf seine entsprechende Nachfrage teilt der Oberbürgermeister mit, dass an der Regionalkonferenz Herr Exner als Vertreter der Stadt teilgenommen habe. Auf die Nachfrage, wie der Oberbürgermeister mit der Angelegenheit umgehen wolle, entgegnet dieser, dass man versuche, ein Alternativkonzept zu finden. Im Übrigen verweist er darauf, dass er die eine Handlungsebene habe und Herr Dr. Scharfenberg eine andere,

nämlich die im Land.

Herr Schröder spricht sich für den Erhalt des Antrages und eine Modifizierung des Antragstextes aus, so dass nach

„...mit dem Ziel der“ angefügt wird: ... **Sicherstellung einer ausreichenden Polizeipräsenz und Bürgerbetreuung in Babelsberg.**

Über das Ergebnis der Gespräche ist dem Hauptausschuss in seiner Sitzung vor der Sommerpause zu berichten.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit dem Innenminister des Landes Brandenburg zu führen, mit dem Ziel der **Sicherstellung einer ausreichenden Polizeipräsenz und Bürgerbetreuung in Babelsberg.**

Über das Ergebnis der Gespräche ist dem Hauptausschuss in seiner Sitzung vor der Sommerpause zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3 Information des Generaldirektors der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Herrn Prof. Dorgerloh zum Parkeintritt

Der Oberbürgermeister begrüßt Herrn Prof. Dorgerloh und verweist auf seinen unterbreiteten Vorschlag einen Parkeintritt zu erheben, um die Gartenanlagen in einen angemessenen Zustand zu versetzen. Nun habe der Stiftungsrat getagt und die Situation stelle sich anders dar. Auf seine Bitte erläutert Herr Prof. Dorgerloh den Diskussionsverlauf und die Ergebnisse ebenso wie den weiteren Werdegang zu diesem Thema. Er betont, dass der Parkeintritt Sanssouci nicht geplant, aber diskutiert worden sei, wobei es um die Frage gehe, wie die Erhaltung des Parks zu gewährleisten ist. Möglichkeiten seien ein verbessertes Marketing, erhöhte Preise und mehr Besucher – wobei die Besucherzahlen in Potsdam stabil seien. Deshalb müsse man mehr tun, insbesondere unter Berücksichtigung der Konkurrenz in Berlin. Potsdam sei kein Selbstläufer und schon deshalb müsse die Attraktivität von Sanssouci aufrecht erhalten werden. Sanssouci sei auch ein Gartenerlebnis und derzeit entspreche der Zustand nicht dem Image, was u. a. auch daran liege, dass das Personal im Gartenbereich unter dem bundesweiten Schlüssel liege. Derzeit seien 15 Gartenpflegekräfte und 3 Auszubildende im Schlosspark tätig. Deshalb habe der Stiftungsrat dazu aufgefordert, sich Gedanken zu machen, wie der Pflegerückstand aufzuholen sei und wie neben der Erhöhung der Zuwendungen dem schleichenden Werteverlust entgegengewirkt werden könne. Letztlich fehlen dafür jährlich 4,5 Mio. Euro. Der Stiftungsrat habe das Thema „Parkeintritt“ auch auf Grund der öffentlichen Diskussion von der Tagesordnung genommen, damit die Stiftung mit dem Land und der Stadt klären könne, ob es andere Varianten gebe, das Pflegedefizit abzudecken. Eine Antwort werde in den nächsten Monaten erwartet und bis dahin eine ganze Reihe von Parametern zu besprechen sein. Ihm wäre eine Privilegierung der Potsdamer gegenüber den Touristen am liebsten; die Art und Möglichkeiten der Umsetzung aber noch nicht geklärt.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass nicht nur die Landeshauptstadt Potsdam, sondern auch das Land aufgerufen sei, Lösungsvorschläge zu finden. Außerdem sei auch der „Tourismusfaktor“ zu berücksichtigen und deshalb werde er die Diskussion mit Vertretern des Tourismusbeirates noch im Mai dazu führen.

Im Weiteren werden die Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses beantwortet, so von Herrn Schröder zum Pflegeaufwand in anderen Parks, von Frau Engel-Fürstberger zu Varianten und Möglichkeiten bezüglich der Preisgestaltung und von Herrn Schultheiß zu entstehenden Kosten für Personal u. ä. bei Erhebung eines Parkeintritts.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Beschluss in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, aus dem sich eine ablehnende Haltung zur Einführung eines Parkeintritts ableite. Er fragt, welches Gewicht dieser Beschluss für die Stiftung habe und welche Unterstützung von der Stadt erwartet werde.

Herr Schubert schlägt vor, eine Diskussion solle mit den Potsdamer Bürgern unter Leitung der Stiftung geführt werden und regt an, die Diskussion nicht nur im politischen Raum zu führen, sondern auch mit allen Nutzern.

Herr Prof. Dorgerloh verweist auf eine mehrfache Erörterung des Themas im Stiftungsrat und die Absicht, im Stiftungsrat einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen, um dazu mit der Landeshauptstadt ins Gespräch zu kommen. Dabei sollen natürlich auch die Bürger, die Wirtschaft (Gastronomie) u. a. mit einbezogen werden. Schließlich zahle die Stiftung auch die Grundsteuer und die Gebühren für die Straßenreinigung etc., wo es keine Beteiligung der Stadt gebe. Natürlich habe der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung schon ein Gewicht, trotzdem laufe die Finanzierung der Stiftung über den Bund, so dass irgendwann nach dem kommunalen Anteil gefragt werde. Schon jetzt, im Rahmen des freiwilligen Parkeintritts, zeige sich der Vorteil eines verbesserten Services für die Besucher – außerdem seien nicht alle Teile des Parks davon betroffen.

Frau Engel-Fürstberger fragt, was ein für die Stadt attraktives und tragbares Modell sein könne. Frau Hüneke regt an, einen Weg zu finden, um das Gefühl für den öffentlichen Raum zu erhalten und zuzulassen sowie das Engagement zu beleben, um Teile des Defizits aufzufangen, z. B. durch einen „Mix“ aus Maßnahmen.

Auf die Bitte von Frau B. Müller, noch einmal die Leistungen der Stadt für die Stiftung zu benennen, entgegnet der Oberbürgermeister, dass seine Äußerungen in der Stadtverordnetenversammlung, die Stiftung müsse lediglich einen ermäßigten Satz an Grundsteuern, sowie Gebühren für den Winterdienst aufbringen, scheinen nicht zuzutreffen; die Stadt aber vieles für den Umgebungsschutz tue. Er merkt an, dass die Diskussion zum Parkeinritt nun doch einen großen Raum eingenommen habe, obwohl die Stadtverordnetenversammlung einen entgegengesetzten Beschluss verabschiedet habe. In diesem Sinne habe er sich auch öffentlich und gegenüber den Vertretern des Stiftungsrates geäußert. Mit ihm als Oberbürgermeister werde es keinen Parkeinritt geben. Eine neue Qualität sei die Erwartung der „Geldgeber“ zu einer Beteiligung der Landeshauptstadt. Sicher könne man sich zu Alternativen zum Parkeinritt verständigen, aber nicht, um die gesamten 4,5 Mio. Euro zu kompensieren.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf das von der Bundesagentur für Arbeit neu eingeführte Modell der Bürgerarbeit, über das auch in der Landeshauptstadt geförderte Arbeitsplätze möglich seien und z. B. Gartenhilfskräfte eingesetzt werden könnten. Sie würde bei Interesse gern näher darüber informieren.

Frau Engel-Fürstberger bedauert, dass das Gespräch nach Verabschiedung des

Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung stattfand; Herr Dr. Scharfenberg betont dagegen, dass dieser keine „Augenblicksentscheidung“ gewesen sei und der Parkeintritt in vielfältiger Weise diskutiert und dessen Ablehnung begründet wurde. Er empfehle, die genannten Leistungen der Stadt als evtl. Beitrag zum Abbau des Defizits zu prüfen. Auch Herr Schubert betont, dass der Beschluss in „Kontinuität stehe“ und die Fraktion SPD auch nach dem Gespräch keine andere Auffassung habe.

Herr Prof. Dorgerloh betont abschließend, dass der Beitrag der Stadt in welchen Formen auch immer diskutiert werden sollte.

zu 6 **Bürgerbefragungen**
Vorlage: 10/SVV/1052
Fraktion DIE LINKE

Herr Goetzmann erläutert eingangs die in den Mitteilungsvorlagen 11/SVV/0371 – „Beteiligungskonzept ‚Gartenstadt Drewitz‘“ und 11/SVV/0356 – „Ergebnisse der Planungswerkstatt Kirchsteigfeld-Süd“ dargestellten Informationen. Er empfiehlt, Bürgerbefragungen nicht isoliert, sondern eingebunden in andere Beteiligungsformen, wie in der Mitteilungsvorlagen 11/SVV/0371 – „Beteiligungskonzept ‚Gartenstadt Drewitz‘“ dargestellt, zu betrachten.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass das schon mehrfach diskutiert und verschoben worden sei bis zur Vorlage des Beteiligungskonzeptes zur Gartenstadt Drewitz. Dann wiederum wurde es verschoben, weil dieses Beteiligungskonzept zusammen mit den gewählten Vertretern erarbeitet und auch mit dem Stadtteilrat besprochen werden sollte. Die jetzige Mitteilungsvorlage sei auch nur ein Zwischenbericht und Bürgerbefragungen darin nicht enthalten.

Er wolle, dass das Instrument der Bürgerbefragung im Auge behalten und der Antrag als Impuls für das Beteiligungskonzept genutzt werde.

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass es kein endgültiges Beteiligungskonzept geben und dieses fortlaufend fortgeschrieben werde. Die Bürgerbefragungen sollten eine Option darstellen. Herr Goetzmann schlägt vor, den Antrag umzuformulieren und die Bürgerbefragung mit in die Betrachtung einzubeziehen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist nochmals auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mit dem ein Beteiligungskonzept im Dezember 2010 hätte vorgelegt werden müssen und kritisiert den ständigen „Ebenenwechsel“ der Diskussion dazu. Er werde bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zum Text des Antrags eine Form finden, um das Anliegen in das weitere Vorgehen einzubauen.

zu 6.1 **Bürgerbeteiligung**
Vorlage: 11/SVV/0287
Oberbürgermeister

Die Mitteilungsvorlage wurde bereits in der letzten Hauptausschusssitzung zur Kenntnis genommen.

zu 7 **Änderung der Hauptsatzung**

Vorlage: 11/SVV/0152

Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

Herr Exner führt aus, dass er auf Bitte der antragstellenden Fraktionen das Anliegen noch einmal an den Rechtsanwalt Herrn Prof. Dombert zur Betrachtung gegeben habe und davon ausgehe, dass eine Stellungnahme kurz vor der nächsten Sitzung am 25. Mai 2011 zu „haben“ sei. Dann liege neben den bisherigen zwei Stellungnahmen eine dritte vor, so dass der Antrag auch abschließend behandelt werden sollte.

Gegen die Zurückstellung erhebt sich kein Widerspruch.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung**Russisch-orthodoxe Gemeindezentrum**

Frau Krusemark führt dazu aus, dass sich Erzpriester, Oberbürgermeister und Verwaltung am 12.11. 2010 auf das Grundstück am Fuße des Kapellenbergs geeinigt haben sowie den Abschluss eines Erbbaupachtvertrages. Außerdem sollte seitens der russisch-orthodoxen Kirche ein Finanzierungskonzept vorgelegt werden. Anfang Dezember habe ein Entwurf der Vereinbarung, die u. a. vorgesehen habe, dass das Grundstück auf Grundlage eines noch abzuschließenden Erbbaupachtvertrages zur Verfügung gestellt werden solle, vorgelegen. Diese sei jedoch seitens des Erzpriesters mit der Begründung abgelehnt worden, dass er über einen Erbbaupachtvertrag nicht sprechen könne, wenn er den noch zu vereinbarenden Erbbaupachtzins nicht kenne. Daraufhin wurde die Erstellung eines Verkehrswertgutachtens bis Ende Januar vereinbart. Der Verkehrswertgutachter sollte gemeinsam ausgewählt werden. Die Verwaltung habe daraufhin mehrere Sachverständige zur Auswahl vorgeschlagen. Auf dieses Angebot wurde nicht reagiert und auf Nachfrage damit begründet, dass durch die anstehenden Weihnachtsfeiertage keine Entscheidung gefällt werde. Im Weiteren wurde durch die russisch-orthodoxe Gemeinde gebeten, einen eigenen Sachverständigen benennen zu dürfen. Dies wurde jedoch durch die Verwaltung abgelehnt, weil an einen Sachverständigen bestimmte Anforderungen zu stellen seien. Die Verwaltung habe jedoch weitere Verkehrswertgutachter zur Auswahl benannt. Daraufhin erfolgte Ende Januar 2011 eine endgültige Absage zur Auswahl eines Verkehrswertgutachters durch den Erzpriester. Das dann von der Verwaltung in Auftrag gegebene Verkehrswertgutachten habe Ende März vorgelegen, woraufhin der Erzpriester eingeladen wurde, jedoch zum Termin nicht erschien. Dafür war sein zweiter Sohn anwesend, der aber betonte, nur Empfänger von Informationen zu sein. In diesem Gespräch wurde über den Verkehrswert des Grundstücks informiert, der 80.000 Euro betrage sowie über einen Erbbauzins von 4 bzw. 3 Prozent, was bei letzterem einen monatlichen Betrag von 200 bzw. einen jährlichen Betrag von 2.400 Euro ausmache. Daraufhin wurde durch den Sohn des Erzpriesters gefragt, ob das Grundstück auch käuflich erworben werden könne, was seitens der Stadt abgelehnt wurde. Auf die Nachfrage, ob der Pachtzins weiter reduziert werden könne, wurde um weitere Informationen seitens der russisch-orthodoxen Kirche gebeten, die dieses Anliegen begründen. Im Weiteren sollte die Gemeinde einen Bauantrag stellen und ein Finanzierungskonzept vorlegen. Jetzt habe die Stadt ein Schreiben erreicht, in dem der Standort abgelehnt wird, weil der Pachtzins nicht zu erbringen sei und mitgeteilt wird, dass die Gemeinde an den alten Standort zurück wolle.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass dies eine schwierige Situation sei, denn die Stadt könne das Grundstück nicht kostenlos zur Verfügung stellen - außerdem sei der Pachtzins schon sehr niedrig. Auch müsse die Stadt auf dem Finanzierungskonzept bestehen, weil das Grundstück zweckgebunden für das Gemeindezentrum genutzt wird. In Verhandlung mit der UNESCO sei für die Errichtung eines entsprechenden Gebäudes eine Ausnahmegenehmigung erteilt worden.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Gemeinde Sorge habe, das Grundstück dann doch nicht für diesen Zweck nutzen zu können. Da beide Seiten unterschiedliche Auffassungen vertreten, sollte das Gespräch gesucht und die Differenzen aufgeklärt werden. Außerdem habe er gehört, dass eine Bankbürgschaft gefordert worden sein. Bei der Grundstücksübertragung zum Wiederaufbau der Garnisonkirche habe danach aber keiner gefragt - das Grundstück sei „einfach so“ zur Verfügung gestellt worden. Dem widerspricht der Oberbürgermeister - hier falle das Grundstück an die Stadt zurück, wenn das Vorhaben nicht in einer bestimmten Zeit realisiert wird. Auf Nachfrage bestätigt er, dass eine Prüfung bezüglich der Baumfällungen bereits stattgefunden habe, eine Genehmigung aber erst mit der Baugenehmigung erfolgen werde.

Im Weiteren werden Nachfragen von Herrn Schröder zur Nutzungsbindung bei einem Verkauf des Grundstücks und von Herrn Schultheiß zu den Konditionen beantwortet.

zu 9 Sonstiges

Frau Dr. Müller bittet in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses um eine Information bezüglich der WagenHausBurg, die der Oberbürgermeister ebenso zusagt, wie die erbetene Information zum Stand der Arbeit „mit und um“ den Archiv e. V.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Termin der gemeinsamen Sitzung mit dem Kreisausschuss, der, so der Oberbürgermeister, im September/Oktober dieses Jahres stattfinden werde. Ebenfalls auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg gibt er zur Kenntnis, dass er sich um weitere Gespräche mit e.on/e.dis zum Thema Hochspannungsleitung noch kümmern müsse.

Im Weiteren spricht Herr Dr. Scharfenberg die bei der Einberufung der Einwohnerversammlungen in Eiche, Waldstadt und Fahrland nicht eingehaltenen Vorschriften der Hauptsatzung an.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es offensichtlich Versäumnisse gegeben habe, was wohl darauf zurückzuführen sei, dass man im Umgang damit noch nicht geübt sei. Er werde diesbezüglich ein einheitliches und verbindliches Verfahren erlassen und habe zugesichert, ohne Bürgerversammlung in Fahrland keine Entscheidungen bezüglich des Tierheims zu treffen. Bezüglich der Bekanntmachung sei im Ergebnis der Prüfung bekannt geworden, dass die Einwohnerversammlungen im Amtsblatt öffentlich bekannt zu machen seien. Neuer Termin für Fahrland sei nunmehr der 30. Mai 2011.

Frau Heigl verweist auf das Urteil des Landesverfassungsgerichtes bezüglich des Fraktionsstatus und bittet die Unterlagen zur Bebauung der Alten Fahrt zuzusenden.

Bezüglich der Behandlung der DS 10/SVV/1079 - Gerechte Bezahlung im Klinikum – am 25. Mai 2011 bittet sie Vertreter von Verdi und Marburger Bund einzuladen.

Auf ihre Nachfrage, wie bezüglich der zahlreichen Ablehnung von Schülern in der Bürgel-Schule vor allem mit den Schülern umgegangen werde, wo bereits Geschwisterkinder diese Schule besuchen, verweist Herr Schröder auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport.